

Wesentliche Zusagen des Umweltministeriums zur Erweiterung des Nationalpark Schwarzwald

Entwurf, Stand 31.01.2025

Präambel:

Aufgrund der durch das Land angestrebten Erweiterung des Nationalpark Schwarzwald (NLP) bestehen insbesondere bei den direkt betroffenen Anrainern der geplanten Erweiterungsfläche verschiedene Befürchtungen, dass sich die Erweiterung negativ auf ihren Alltag und ihre Freizeit, auf ihr Leben in der Region auswirken wird.

Insbesondere folgende Aspekte wurden in den vergangenen Jahren im Rahmen der inhaltlichen Weiterentwicklung, insbesondere auch in den intensiven Gesprächen der letzten Monate von den Anwohnenden nachdrücklich vorgebracht: Einschränkungen der gewohnten Bewegungsfreiheit um den Wohnort (Wegegebot, gesperrte Wege usw.), Einschränkungen der gewohnten Nutzung (Brennholz, Pilze sammeln, Beeren pflücken, Hund freilaufen lassen usw.), Einschränkungen der Entwicklung des eigenen Grundstücks (Haus, Garten...), Verstärkung der Waldbrandgefahr und des Hochwasserrisikos, Sorge um abgestorbene Waldbereiche (Borkenkäfer), Sorge vor einer zu starken Fremdbestimmung der Region durch die Nationalparkverwaltung (NLPV) und durch das Land.

Viele der genannten Aspekte werden in den verschiedenen Themenfeldern des **Nationalparkplans**, dem Managementplan der Nationalparkverwaltung, geregelt. Die Erarbeitung und Fortschreibung dieses Plans ist im NLP-Gesetz festgelegt. Sie erfolgt unter breiter Beteiligung des Nationalparkrats und -beirats sowie weiterer Akteure und der Bürgerinnen und Bürger. Er wurde erstmals Ende 2018 durch den NLP-Rat beschlossen und muss spätestens alle 10 Jahre (2028, 2038 usw.) fortgeschrieben und vom NLP-Rat erneut beschlossen werden.

Auch für die Erweiterungsfläche wird ein Nationalparkplan erarbeitet und i.R. der Fortschreibung des bestehenden Nationalparkplans in diesen integriert werden. Auch diese Erarbeitung wird unter breiter Beteiligung der Gremien, regionalen Akteure und Bürgerinnen und Bürger erfolgen und schließlich vom NLP-Rat beschlossen. Dabei wird zukünftig ein besonderes Augenmerk auf die **direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner** der an den NLP unmittelbar angrenzenden Ortschaften gelegt werden. Hierfür werden wir geeignete regelmäßige Dialogformate anbieten, um den Austausch zwischen Nationalparkverwaltung und Anwohnenden zu verstetigen und deren Belange noch intensiver bei den Planungen der Nationalparkverwaltung zu berücksichtigen. Mit einer Verstetigung des Austauschs zwischen Nationalparkverwaltung und den direkten Anrainern kann verlorengegangenes Vertrauen neu geschaffen werden und ein echtes Miteinander gelingen. Beides ist Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis und gemeinsame, tragfähige Lösungen.

Im Bewusstsein der von der Bevölkerung genannten Sorgen und Befürchtungen gibt das Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg folgende Zusagen:

1. Ein vergleichbares Gremium wie den NLP-Rat im NLP Schwarzwald, in dem die NLP-Kommunen über Angelegenheiten mitbestimmen, gibt es in anderen deutschen Nationalparks bislang nicht.

Wir wollen die Rolle der **Kommunen** im NLP-Rat weiter **stärken**. Zukünftig sollen Beschlüsse des Rats im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit nur noch gefasst werden, wenn sowohl eine Mehrheit der im Nationalparkrat vertretenen Kommunen als auch eine Mehrheit der Landesvertreter zustimmt. Damit ist sichergestellt, dass die kommunale Seite in diesen Angelegenheiten nicht vom Land überstimmt werden kann.

Um die Entscheidungen des NLP-Rats nachvollziehbarer zu machen, schlagen wir vor, dass der **NLP-Rat** darüber entscheidet, ob er in regelmäßigem Turnus **öffentlich** tagt.

2. Der **NLP-Plan** stellt ein wichtiges Regelwerk für den NLP dar. Wir wollen der Bürgerschaft der Nationalparkgemeinden die Möglichkeit geben, jederzeit Vorschläge in den NLP-Plan einzubringen.

Erläuterung: Insbesondere die örtliche, direkt an den NLP angrenzende Bevölkerung wird dabei von der Nationalparkverwaltung laufend durch geeignete Formate eingebunden. Hierzu soll u.a.

- eine Absprache der Mitglieder im NLP-Rat erfolgen, dass und wie die Themen der Sitzungen des NLP-Rats zukünftig in den Gemeinden kommuniziert und abgestimmt werden.
- die NLPV 1-2-mal jährlich an den Sitzungen der Gemeinderäte der Anrainerkommunen teilnehmen und dort aktuelle Themen vorstellen. Die Gemeinderäte werden dazu eingeladen, einzelne Sitzungen im NLPZ durchzuführen. Die genaue Ausgestaltung wird mit den Gemeinden abgestimmt.



- die NLPV über geeignete Formate (z.B. Stammtische) verstärkt in direkten und regelmäßigen Austausch mit den unmittelbar an den NLP angrenzenden Bürgerinnen und Bürgern treten. Die Formate werden gemeinsam mit den betroffenen Anwohnern abgestimmt.

Auch wenn der **NLP-Plan** erst mit der Umsetzung der Erweiterung erarbeitet werden wird, gelten hierfür schon jetzt folgende Zusagen:

3. Wir definieren weite Bereiche der Wälder entlang des Langenbach- und Schönmünztales und um Erbersbronn als **dauerhafte Managementzone**, d.h. hier sind Eingriffe in den Wald – z.B. zur Entnahme von vom Borkenkäfer befallenen Fichten aus Gründen des Waldschutzes oder des Waldbildes weiterhin möglich. Wir streben hier eine dauerhafte Waldentwicklung in Richtung lichter Bergwälder unter allmählicher Reduzierung der Fichte an.

Erläuterung: In dieser Managementzone soll vorrangig eine entsprechende Waldentwicklung erfolgen, um einem Borkenkäferbefall und der damit verbundenen Entnahme von Bäumen vorzubeugen. Es ist vorgesehen, die Managementzone rund um die Siedlungsgebiete mit ihren spezifischen Zwecken im NLPG festzuschreiben.

4. In den Wäldern in dieser Managementzone sichern wir **freies Betreten**, das Sammeln von Waldfrüchten und die Möglichkeit der Holzlagerung entlang der Wege unten im Tal zu.
5. Wir sagen auch die Bereitstellung von **Brennholz** für die örtliche Bevölkerung zu – zu den marktüblichen Preisen.

Erläuterung: Brennholz wird als Sortiment „Brennholz lang“ am Waldweg zur Verfügung gestellt.

6. Wir sichern zu, dass der Erhalt und die Weiterentwicklung der vorhandenen **Infrastruktur** (Straßen, Wasser, Abwasser, Strom, Telefon/Daten, etc.) sowie von Quellfassungen weiterhin möglich ist. Nutzung und Unterhaltung sowie der notwendige technische Ausbau sind weiter möglich.

Erläuterung: bei Anträgen zum Bau oder Ausbau von Infrastruktur wird die NLPV als Träger öffentlicher Belange (TÖB) beteiligt. Die NLPV wird durch ihre Stellungnahme die Entwicklungen im Langenbach-, Schönmünzach- und Raumünzachtal nicht behindern und wo immer möglich diese unterstützen.

7. Wir legen fest, dass die NLP-Verwaltung gemeinsam mit den regionalen Expertinnen und Experten bis zum 31.12.25 ein Konzept zur Gewährleistung des Schutzes der Angrenzer vor **Waldbrand und Hochwasser** für die Fläche des derzeitigen NLP erstellt und dieses Konzept in den folgenden zwei Jahren in der Erweiterungsfläche fortgeführt wird.
8. Wir wollen im Laufe der nächsten 3 Jahre **gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung**, dem NLP-Rat und -Beirat das Wegekonzept, die Zonierung (Entwicklungszone und Kernzone) und touristische Infrastruktur erarbeiten und im Rahmen der Fortschreibung des **NLP-Plan** verbindlich, d.h. durch Beschlussfassung des NLP-Rats festlegen.

Erläuterung: Die Fortschreibung des NLP-Plans erfolgt gemäß NPLG spätestens alle 10 Jahre, die nächste Fortschreibung muss demnach bis 2028 erfolgen. Hierfür wird gemeinsam mit den direkt betroffenen Kommunen und Anwohnern der weitere Umgang mit den Wegen erarbeitet und im Wegekonzept für die nächsten 10 Jahre durch den Beschluss des NLP-Rats festgelegt. Zentrale Grundlage für das Wegekonzept und die Zonierung sind die beiden gemeinsam mit der BI Hundsbach-Schönmünzach-Schwarzenberg bereits erarbeiteten Vorschläge (a) zu den zu erhaltenden Wegen sowie (b) zur Kernzone rund um die Karseen und Karwände im Erweiterungsgebiet.

Auch zukünftig werden die Inhalte des NLP-Plans und damit auch des Wegekonzepts weiterhin gemeinsam und je nach Änderungsbedarf alle 10 Jahre fortgeschrieben und durch den NLP-Rat beschlossen.

Ergänzend zur gemeinsamen Ausarbeitung des NLP-Plans und einer besseren Berücksichtigung der Belange der örtlichen Bevölkerung sichern wir **für die kommenden 10 Jahre** darüber hinaus zu,

9. dass alle **breiten, geschotterten Waldwege** im Erweiterungsgebiet offen bleiben und unterhalten werden und somit von jedermann zu Fuß oder mit dem Rad benutzt werden können;

10. dass wir die Wander- und Radwege und ihre **Beschilderung** herrichten und nach Bedarf auch sinnvoll möblieren sowie geeignete **Aussichtspunkte** attraktiv gestalten. Neben den bestehenden breiten Waldwegen soll das Gebiet zukünftig auch zunehmend über attraktive, schmale Pfade erlebbar sein.
11. dass wir in der Erweiterungsfläche nur die Bereiche um die Kare und Karwände als **Kernzone** ausweisen werden, weitere Flächen bleiben zunächst Entwicklungszone;
12. dass wir in der Entwicklungszone naturschutzfachliche Pflegemaßnahmen z.B. für das Auerhuhn durchführen, die auch die Fichtenanteile reduzieren können;

Erläuterung: Aufgrund der problematischen Umsetzung des SBKM (hoher naturschutzfachlicher Prüfaufwand bei gleichzeitig hohem zeitlichem Druck, die Bäume zu entfernen) in den vergangenen Jahren gab dies immer wieder nachvollziehbaren Anlass zur Kritik. Künftig wird die NLPV das Borkenkäfermanagement dem Befallsgeschehen vorauslaufend so gestalten, dass ein situatives Borkenkäfermanagement in der Entwicklungszone nicht mehr notwendig wird. Das bedeutet, dass ergänzend zum „normalen“ Borkenkäfermanagement in der Managementzone die NLPV in der Entwicklungszone proaktiv naturschutzfachliche Pflegemaßnahmen – z.B. für das Auerhuhn – durchführt, durch die auch die Fichtenanteile reduziert werden. Dies stellt eine deutliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen situativen Borkenkäfermanagement dar.

In diesem Sinne werden wir außerhalb der Kernzonen im Erweiterungsgebiet prioritär Waldbestände, die dem Waldentwicklungstyp „Fichten-Mischwald mit hoher Risikoeinstufung“ entsprechen, nach Möglichkeit in naturnahe Mischwälder ohne dominierenden Fichtenanteil umwandeln, die zugleich klimaresilient sind. Maßnahmen können dann z.B. die Entwicklung von strukturreichen, klimaresilienten Tannen-, Kiefern-, Buchen-Mischwäldern bei gleichzeitiger Reduzierung der Fichte und Entwicklung von baumartenreichen Talböden zu Buntlaubbaummischwäldern mit möglichst geringem Fichtenanteil sein.

13. Hinsichtlich evtl. zum Schutz des Auerhuhns notwendiger **Sperrungen von Wegen** gleichen wir die Regelung von Sperrungen an die vergleichbaren Regelungen des **Landeswaldgesetzes** an: bei Sperrungen von über zwei Monaten Dauer darf die Anordnung nur im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde, im Falle von waldpflegerischen Maßnahmen nur im Einvernehmen mit der obersten Forstbehörde erfolgen.

Entwurf (Stand 31.01.2025 nach Beratung im Nationalparkbeirat und weiteren Gesprächen mit Kommunen und Anwohnern).

Nationalpark Erweiterung - ENTWURF

Grenzen, Pufferflächen, Zonierung für Lückenschluss
Abgestimmt mit: UM, ForstBW, NLPV, Gemeinde Baiersbrunn
- vorbehaltlich weiterer Änderungen -
Datum (Arbeitsstand): 19.02.2025

Neue Grenze Nationalpark

Bestehende Bewirtschaftung ForstBW

Zukünftige Bewirtschaftung ForstBW

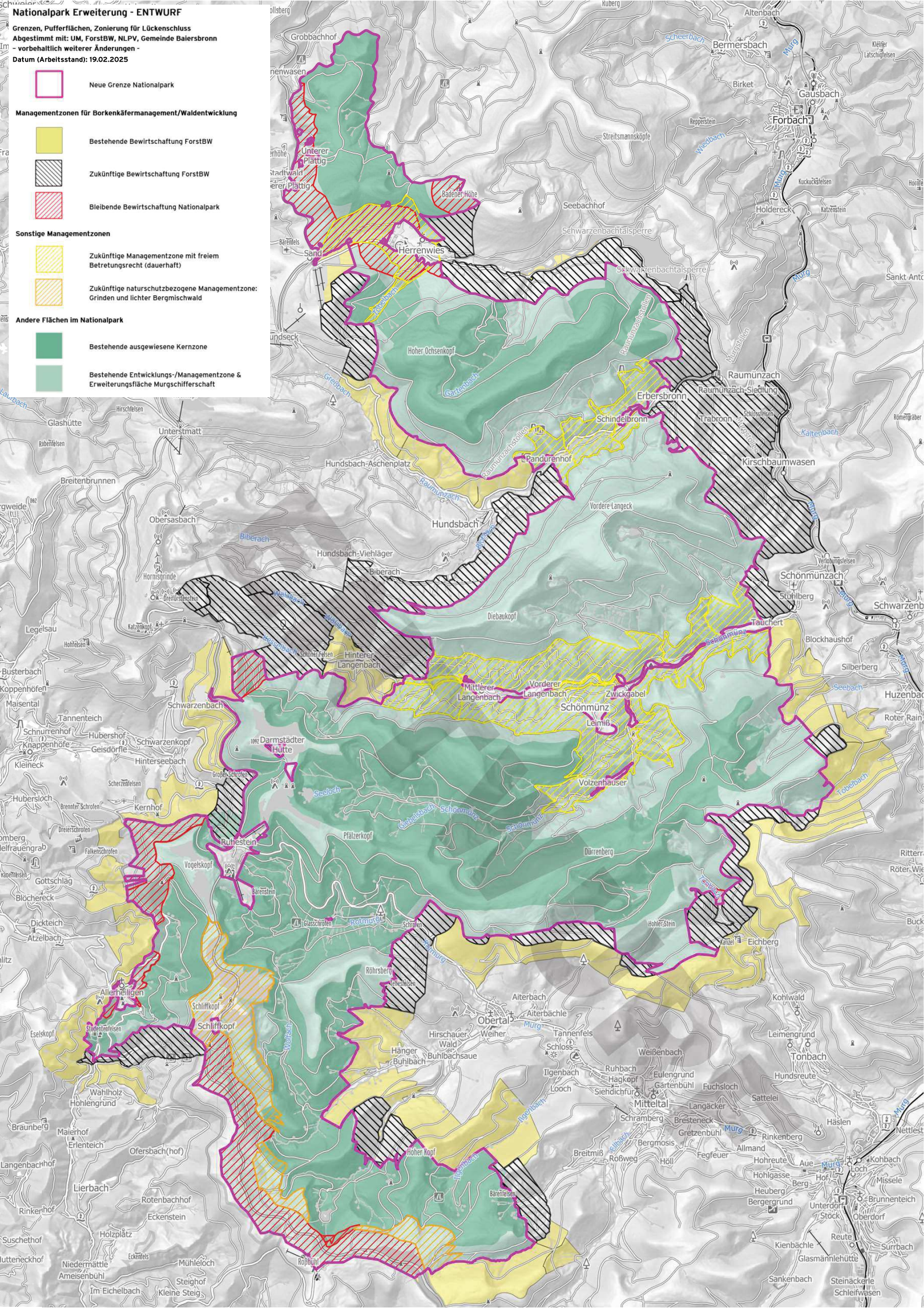
Bleibende Bewirtschaftung Nationalpark

Zukünftige Managementzone mit freiem Betretungsrecht (dauerhaft)

Zukünftige naturschutzbezogene Managementzone: Grinden und lichter Bergmischwald

Bestehende ausgewiesene Kernzone

Bestehende Entwicklungs-/Managementzone & Erweiterungsfläche Murgschifferschaft





Ministerium für Finanzen | Postfach 10 14 53 | 70013 Stuttgart

Landrat des Landkreises

Freudenstadt

Herrn Dr. Klaus Michael Rückert

Herrenfelder Straße 14

72250 Freudenstadt

Geschäftszeichen: FM4-3323-3/53/10

(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 19. Februar 2025

Nationalpark Schwarzwald

Sehr geehrter Herr Dr. Rückert,

gerne informiere ich über den aktuellen Sachstand der Umsetzung der Rangerstationen an den Standorten Kloster Allerheiligen und dem ehemaligen Hotel Alexanderschanze durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg.

Kloster Allerheiligen

Die Unterbringung der Rangerstation Allerheiligen im ehemaligen Försterhaus ist für Sommer 2025 vorgesehen. Ebenso ist die Inbetriebnahme des Biergartens mit 120 Sitzplätzen mit einem Küchencontainer für Sommer 2025 vorgesehen (es werden 80 neue Sitzplätze geschaffen). Benötigte Ausstellungs- und Unterrichtsräume sollen in der ehemaligen Liegehalle bis Sommer 2026 zur Verfügung gestellt werden. Die Entwurfsplanung zur neuen Klostergastronomie (Verlagerung in das Ökonomiegebäude) soll ab Ende 2026 begonnen werden. Die Umsetzung der Baumaßnahme erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung durch den Landtag. Anschließend soll das Gebäude der Klosterkaststätte umgebaut und als endgültiger zentraler Standort der Rangerstation im Kloster Allerheiligen eingerichtet werden.

Ehemaliges Hotel Alexanderschanze

Für die Sanierung und den Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes wird eine schnellstmögliche Umsetzung angestrebt. Im Jahr 2025 wird die Baumaßnahme weiter geplant. Die Vorplanung ist weitgehend abgeschlossen, im Folgenden steht die Entwurfs- und anschließend die



Ausführungsplanung an. Mit dem Anschluss der Alexanderschanze an die öffentliche Erschließung und der Umsetzung der Baumaßnahme soll nach Möglichkeit im Jahr 2026 begonnen werden.

Aufgrund des Gebäudezustands und weiterer begleitender Faktoren, wie beispielsweise artenschutzrechtlicher Anforderungen ist eine wesentlich aufwändigere Planung erforderlich als bei der Rangerstation Allerheiligen. Diese Faktoren können unvorhersehbare Abweichungen von der Zeitplanung bedingen.

Grundsätzlich kann jedoch für beide in Rede stehenden Standorte jeweils die Einrichtung einer Rangerstation verbindlich zugesagt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Danyal Bayaz

An den
Vorsitzenden des Nationalparkrats
Herrn Dr. Klaus Michael Rückert
Herrenfelder Straße 14
72250 Freudenstadt

Nationalparkerweiterung

Förderkonzept für private und körperschaftliche Waldflächen im 1km Bereich um die gesetzlich vorgeschriebenen Borkenkäfer-Managementbereiche des Nationalparks

Absprache zwischen MLR und UM am 18.02.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Rückert,

gerne möchten wir Sie über die getroffene Absprache zwischen UM und MLR zum Förderkonzept für private und körperschaftliche Waldflächen informieren.

Anlass/Hintergrund:

Im Zuge der geplanten Erweiterung des Nationalparks wurde seitens forstlicher Verbände und Vertretern des privaten und körperschaftlichen Waldbesitzes im Januar 2025 ein Forderungspapier den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt. Eine Forderung besteht dabei in der Ausweitung des Förderangebots des Landes zur Unterstützung der Waldbesitzenden, die an den Nationalpark angrenzen. Maßnahmen des sogenannten Waldschutzes (Borkenkäfermonitoring, Aufarbeitung, Transport, Lagerung von Schadholz) stehen dabei im Fokus. Bislang besteht lediglich ein entsprechendes Förderangebot des Landes für ein Borkenkäfermonitoring.

Förderkonzept:

Für private und körperschaftliche Waldflächen im 1km Bereich um die gesetzlich vorgeschriebenen Borkenkäfer-Managementbereiche des Nationalparks wird ein aus Landesmitteln finanziertes Förderangebot für folgende Maßnahmen etabliert: Borkenkäfermonitoring, sowie Aufarbeitung/Hackung/Entrindung/Transport/Lagerung von Schadholz.

Die entsprechende Förderkulisse umfasst rd. 5.400 Hektar Privat- und Körperschaftswald.

Basierend auf den Schadholzanfällen und Förderdaten der letzten Jahre in der Region um den Nationalpark wurde ein durchschnittlich erforderlicher Fördermittelbedarf von rd.

130.000 Euro je Jahr kalkuliert. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse aus laufenden Forschungsprojekten können sich zudem Änderungen in den unterstellten Fördersätzen ergeben.

Die erforderlichen Mittel werden durch das Land bereitgestellt. Die Förderabwicklung wird im Sinne der Effizienz und Bürokratievermeidung für Waldbesitzende und Verwaltung im Rahmen der forstlichen Förderung (Förderrichtlinie Nachhaltige Waldwirtschaft) erfolgen.

gez. Lieber



Ministerium für Verkehr | Postfach 10 34 52 | 70029 Stuttgart

Herrn Landrat
Klaus Rückert
Landratsamt Freudenstadt
Herrenfelder Straße 14
72250 Freudenstadt

Name: Andreas Krewer

Telefon: +49 711 89686-3401

E-Mail: Andreas.Krewer@vm.bwl.de

Geschäftszeichen: VM3-3894-314/1/11
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: **19. Feb. 2025**

Verstetigung und Erweiterung des Verkehrskonzepts im Nationalpark

Sehr geehrter Herr Landrat, *lieber Herr Rückert,*

mit unserer gemeinsamen Absichtserklärung vom 21. September 2019 zum Verkehrskonzept Nationalpark haben wir uns auf nachhaltige Mobilitätslösungen verständigt, um langfristig die Natur des Schwarzwaldes zu schützen und die Attraktivität des Nationalparks für Besucherinnen und Besucher zu sichern. Das ÖPNV-Konzept ist hier ein zentraler Bestandteil.

Neben den darin enthaltenen Regiobuslinien wurde auch vereinbart, sog. Zubringerlinien mit einer Anschubfinanzierung für drei Jahre einzurichten, um mit einem ergänzenden Angebot die Attraktivität der Regiobuslinien für Touristinnen und Touristen zu steigern.

Mit der nun geplanten Vergrößerung des Nationalparks eröffnen sich für die Region aber auch für das Land neue Möglichkeiten für ein verbessertes und erweitertes ÖPNV-Konzept im Nationalpark. Diese Chance sollten wir nutzen und uns gemeinsam auf den Weg machen, um den Verkehr gesamthaft zu betrachten und den neuen Bedingungen anzupassen.

Im Rahmen dieser Neuauflage sind wir als Land gerne bereit uns über eine Förderung einzubringen.



In einem ersten Schritt bietet sich an, dass wir uns gemeinsam mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren an einen Tisch setzen, um uns über die optimierte verkehrliche Anbindung des erweiterten Nationalparks auszutauschen. Ich freue mich wieder von Ihnen zu hören, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Winfried Hermann MdL

Umsetzung eines Anwohnerausweises für direkt am Nationalpark wohnende Anrainer

Im Zuge des Dialogprozesses zur Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald, kam insbesondere bei den direkt betroffenen Anwohnenden der Wunsch auf, im Umfeld ihres Wohnorts freieren Zugang im Wald zu erhalten. Viele der direkt betroffenen Menschen vor Ort befürchten, dass sie durch ein weitreichendes Wegegebot und eine Reduzierung des forstlichen Wegenetzes auf ihre gewohnten Aktivitäten im Wald vor ihrer Haustür verzichten oder diese stark einschränken müssen. Als Lösung wurde von Seiten der Anwohnenden wie auch von einzelnen Bürgermeistern ein Anwohnerausweis vorgeschlagen, mit dem die vor Ort lebenden Menschen verschiedene Sonderrechte erhalten, vorhandene, aber nicht öffentlich ausgewiesene Wege und bestimmte Flächen zu betreten und zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wurde bereits im Frühjahr 2024 durch den NLP-Rat beschlossen, dass im gesamten NLP-Gebiet sukzessive weitere, bisher nicht öffentlich nutzbare Wege wieder geöffnet sowie in Managementzonen rund um Siedlungsgebiete Bereiche mit freiem Betretensrecht ausgewiesen werden. Dieser Beschluss findet sich derzeit durch die NLPV in Umsetzung. Die Umsetzung wird bis zum Beginn der Wandersaison im Mai 2025 abgeschlossen.

Auf Grundlage des Vorschlags eines Anwohnerausweises kann diese Weiterentwicklung des Wegekonzepts im Sinne der Belange der Anwohnenden angepasst und ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund schlägt die NLPV folgende Regelung für den Anwohnerausweis vor:

Wer kann einen Ausweis erhalten:

- Einwohnende, deren Erst-Wohnsitz in demjenigen Bereich eines Teilortes liegt, der eine gemeinsame Grenze mit dem NLP hat oder von ihm umschlossen wird (ForstBW-Puffer zählen nicht dazu!).
- Das sind im Einzelnen: Herrenwies sowie Hundsbach mit Erbersbronn und Trabronn (Gemeinde Forbach), Schwarzenberg-Schönmünzach sowie Huzenbach (Gemeinde Baierbronn).
- Ausweisinhaber können von Freunden und Gästen begleitet werden.
- Darüber hinaus können Gast- und Gewerbebetriebe in den genannten Ortsteilen ein Kontingent an nicht personalisierten Ausweisen beantragen, die von Mitarbeitenden und Gästen genutzt werden können.

Ausweisinhaber sind berechtigt:

- Alle Wege im Nationalpark, mit Ausnahme der Wege, die aus naturschutzfachlichen oder forstfachlichen Gründen gesperrt sind (NLPG § 8 (5)), zu Fuß oder, wo es die Wegbreite und Wegbeschaffenheit zulässt, mit dem Fahrrad zu nutzen. Dieses Recht gilt für jedermann. Die Schutzvorschriften des § 9 NLPG bleiben davon unberührt.

- Managementzonen mit freiem Betretensrecht rund um Siedlungsgebiete frei zu begehen. Dieses Recht gilt für jedermann.
- In den Managementzonen mit freiem Betretensrecht Beeren, Pilze und Zierreisig zu sammeln. Dieses Recht gilt für jedermann.
- Die Entwicklungszone in der Erweiterungsfläche frei zu betreten. Dies gilt exklusiv für Ausweisinhaber.

Voraussetzung und Begründung:

Betreten von Flächen:

- Das Wegegebot im derzeit bestehenden Nationalpark gilt gemäß dem aktuell gültigen Wegekonzept in allen Zonen (Kernzonen, Entwicklungszonen und Managementzonen). Da sich im bestehenden Nationalpark die Entwicklungszonen schon sehr weit in Richtung Kernzone entwickelt haben, muss hier das Wegegebot weiterhin bestehen bleiben (z.T. wäre das Betreten der Entwicklungszonen dort lebensgefährlich).
- Managementzonen mit freiem Betretensrecht rund um Siedlungsgebiete können gemäß dem Beschluss des NLP-Rats vom April 2024 von jedermann begangen und Pilze, Beeren und Zierreisig gesammelt werden.
- Für Ausweisinhaber sind zukünftig außerdem vom Wegegebot ausgenommen:
 - Entwicklungszonen der Erweiterungsfläche. Im Erweiterungsgebiet werden in den nächsten 30 Jahren noch auf vielen Flächen naturschutzfachlich begründete Managementeingriffe, z.T. auch mit Maschinen, notwendig sein. Wenige Wanderer abseits der Wege sind in diesem Zeitraum deshalb ökologisch wenig störend. Dieses Betretensrecht ist jedoch zeitlich begrenzt. Mit Übergang der Entwicklungszone zur Kernzone tritt das Wegegebot schließlich in Kraft.
 - Diese Ausnahmen des Wegegebots sind exklusiv Ausweisinhabern vorbehalten. Hier besteht berechtigter Bedarf, bisherige Nutzungen des Waldes, wie z.B. Pilze oder Beeren sammeln oder den Hund, sofern er im Einflussbereich des Menschen steht, frei laufen zu lassen.

Nutzung von Wegen:

- Grundsätzlich sind alle ausgewiesenen (Wander-, Rad-, Reit-, Winter-)Wege im Nationalpark für jedermann nutzbar.
- Darüber hinaus ist gemäß dem Beschluss des NLP-Rats vom April 2024 auch die Nutzung von nicht ausgewiesenen, (wieder) offenen Managementwegen für jedermann gestattet.
- Wege, die aus naturschutzfachlichen oder forstfachlichen Gründen temporär oder dauerhaft gesperrt sind (NLPG § 8 (5)), sind für jedermann gesperrt.

Ausstellende Behörde:

- Die Anwohnerausweise werden durch diejenigen Kommunen ausgestellt, in denen ausweisberechtigte Einwohnende wohnhaft sind.
- Einwohnende sowie Gast- und Gewerbebetriebe mit Ausweisberechtigung müssen den Ausweis persönlich bei der Kommune beantragen.
- Der Zeitraum der Gültigkeit des Ausweises beträgt 5 Jahre und kann bei entsprechender Voraussetzung verlängert werden.
- Der Ausweis benötigt ein Lichtbild oder ist nur in Kombination mit dem Personalausweis gültig. Ausgenommen hiervon sind die nicht personalisierten Ausweise der Gast- und Gewerbebetriebe.
- Die zuständigen Kommunen melden jährlich der NLPV die Anzahl der ausgestellten Ausweise.

Kontrollierende Behörde im Gelände:

- die Überprüfung der Berechtigung im NLP-Gebiet erfolgt durch die Gebietskontrolle der NLP-Verwaltung (Rangerinnen und Ranger): Ausweisinhaber müssen ihren Ausweis mit sich führen, wenn sie im Gelände des NLP unterwegs sind, und ihn auf Verlangen vorzeigen.